

N i e d e r s c h r i f t

**der 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung, Sicherheit und Umwelt am 10.11.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	ab 17:50 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	
Herr Wolfgang Aldag	SKE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Uta Balleyer		
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Frau Rita Lacky		
Herr Lutz Müller		
Frau Mandy Pabst		
Herr Uwe Wätzel		

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch	CDU	Vertretung: Herr Godenrath bis 18:40 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertretung: Herr Dr. Eigenfeld
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Gäste:

Herr Braunisch	zu TOP 4
----------------	----------

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. 1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der Straßenreinigungssatzung vom 17.12.2003
5. Informationen
 - neues Zuwanderungsgesetz
 - Programm des Netzwerkes gegen illegale Graffiti
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Wehrich, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Wehrich informierte über einen Brief des Herrn Bülow, Inhaber von E-neukauf, W.-v.-Klewitz-Str. 11, über deren Sachverhalt in der heutigen Sitzung beraten werden soll. Daher bat er um Aufnahme in die Tagesordnung.

Der nachfolgenden T a g e s o r d n u n g wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der Straßenreinigungssatzung vom 17.12.2003
5. Informationen
 - neues Zuwanderungsgesetz
 - Programm des Netzwerkes gegen illegale Graffiti
 - Brief des Herrn Bülow an den Vorsitzenden bzw. die Mitglieder des Ausschusses
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der Straßenreinigungssatzung vom 17.12.2003

Protokoll:

Zu der Beschlussvorlage gab es eine Anfrage von **Frau Krischok**, deren Beantwortung den Ausschussmitgliedern schriftlich vorgelegt wurde.

Herr Doege bezog sich in seinen Ausführungen auf die in der Vorlage gegebene Begründung und erläuterte u. a., dass es sich um eine Änderung der jeweiligen Zuordnungen der einzelnen Reinigungsklassen handele. Anpassungen seien unter dem Aspekt vorgenommen worden, den Etat für die Straßenreinigung nicht zu überschreiten. Dabei wurden die nachlassende Verkehrsbelastung, die sinkenden Einwohnerzahlen und geringer Fußgängerverkehr berücksichtigt.

Herr Braunisch, Leiter der Koordinierungsstelle Straßenreinigung, ergänzte, dass jährlich die Straßenreinigungssatzung den örtlichen Bedingungen (Stadtumbau, Entstehung neuer Wohngebiete, Siedlungsstrukturen, Verkehrswege) anzupassen sei.

Die Frage **Herrn Godenraths**, wie verfahren werde mit Hinweisen von Bürgern, dass Straßen nach ihrem subjektiven Empfinden nicht so oft zu reinigen wären, beantwortete **Herr Braunisch** dahingehend, dass die Hinweise sachlich geprüft werden. Wenn sie gerechtfertigt seien, würde die Veränderung in der nächsten Satzung berücksichtigt werden.

Herr Kupke verwies auf den schriftlich geäußerten Wunsch von Bürgern des Kreuzvorwerkes nach Veränderung der eingestuften Reinigungsklassen und wollte wissen, ob die Bürger eine Antwort erhalten.

Herr Braunisch begründete, warum eine Veränderung der Reinigungsklasse nicht erfolgen könne und sicherte eine sachgerechte Antwort an die Bürger zu.

Die Fragen von **Frau Schlüter-Gerboth** zur Reinigung von öffentlichen und Stichstraßen sowie von **Herrn Yousif** zu drei Änderungen der Reinigungsklasse in der Silberhöhe wurden von **Herrn Braunisch** beantwortet.

Es erfolgte die **Abstimmung** der Vorlage mit nachfolgendem Ergebnis:

9	Ja-Stimmen
1	Stimmenthaltung

zu 5 Informationen

Protokoll:

Neues Zuwanderungsgesetz

Herr Doege informierte über das ab 01.01.2005 in Kraft tretende Zuwanderungsgesetz und den damit im Zusammenhang stehenden neuen Rechtsverordnungen, verwies auf wesentliche derzeitige bzw. auf neue Rechtsgrundlagen. Ferner teilte er mit, dass es nach bisherigem Recht vier Arten der Aufenthaltsgenehmigung gäbe. Nach neuem Recht spreche man von zwei Aufenthaltstiteln, und zwar Aufenthaltserlaubnis und Niederlassungserlaubnis. Erschwert werde die Arbeit dadurch, dass die entsprechenden Verwaltungsvorschriften noch nicht vorliegen. Allerdings sei jetzt bereits absehbar, dass für die Ausländerbehörde sehr umfangreiche Arbeiten im Bearbeitungsverfahren und damit längere Bearbeitungszeiten entstünden. Eine weitere Neuregelung bestünde darin, dass in Verbindung mit dem Aufenthaltstitel auch eine Arbeitsgenehmigung für die Ausländer ausgestellt werden könne. Dies bedinge die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit.

Die mit dem Gesetz festgeschriebene Aufgabe der Integration erfordere die Organisation der einzelnen Integrationsmaßnahmen.

Des Weiteren verwies Herr Doege auf die derzeit laufende Organisationsuntersuchung, die erst im Januar abgeschlossen werden könne, da die mit dem Zuwanderungsgesetz an die Ausländerbehörde gestellten Anforderungen mit einbezogen werden müssen.

Es sei davon auszugehen, dass eine personelle Verstärkung in der Ausländerbehörde wahrscheinlich ist. Eine andere räumliche Unterbringung der MitarbeiterInnen sei nötig und werde zurzeit geprüft.

Herr Dr. Yousif hat einige Fragen, die er schriftlich dem Geschäftsbereich III zur Beantwortung übergeben werde. Er bat um Einbeziehung der Ausländer in das kulturelle Leben. Auf seine Frage, ob es bei der Einbürgerung von Ausländern zu Einschränkungen käme, teilte **Herr Doege** mit, dass das Einbürgerungsgesetz von dem Zuwanderungsgesetz nicht betroffen sei.

Zu Integrations Sprachkurse äußerten sich **Herr Maluch** und **Herr Dr. Yousif**.

Programm des Netzwerkes gegen illegale Graffiti

Herr Doege informierte darüber, dass eine Anlaufberatung im Dezember 2003 stattfand, an der u. a. Vertreter von Wohnungsgesellschaften, der Polizeidirektion, des Stadtschülerrates, des Staatlichen Schulamtes, der HAVAG, der EVH und verschiedener Fachbereiche der Stadt teilgenommen haben. Allerdings habe die Stadt die in der Beratung erbetenen Maßnahme-vorschläge, bis auf zwei Zuarbeiten, nicht erhalten. Er stellte in groben Zügen das von der Verwaltung zugestimmte Programm des Netzwerkes gegen illegale Graffiti vor, das den Ausschussmitgliedern übergeben wurde.

Eine Beratung zu dem Programm mit den Netzwerkpartnern erfolge am 09.12.2004.

Auf die Strafverfolgung eingehend, bemerkte Herr Doege, dass es bisher 21 Ordnungswidrigkeitsverfahren gäbe.

Herr Müller teilte mit, dass bei der Polizeidirektion im Jahr ca. 500 Ermittlungsverfahren vorliegen würden, wobei nur ein geringer Teil zur Anklage käme. Auf die Frage **Herrn Dr. Yousifs** eingehend, sei nach Erkenntnissen der Stadt und der Polizei die Zahl der Delikte gleichbleibend.

Herr Klaus verwies auf fehlendes Unrechtbewusstsein von jungen Leuten und empfahl die Einbeziehung des Präventionsrates.

Herr Doege antwortete dahingehend, dass der Präventionsrat eine andere Ausrichtung habe und der Geschäftsbereich III mit dem Geschäftsbereich V zusammenarbeite.

Frau Prof. Vent bat darum, dem Stadtgottesacker einer besonderen Zuwendung zu widmen und sprach das Problem der Beschaffung der Graffiti-Büchsen an.

Herr Aldag unterbreitete den Vorschlag der Kontaktaufnahme mit Versicherungen. Er halte es für sinnvoll, für Häuser der Innenstadt eine Versicherung abzuschließen.

Zum Vorschlag des Herrn Aldag äußerten sich **Herr Maluch** und **Herr Doege**.

Brief des Herrn Bülow an den Vorsitzenden bzw. an die Mitglieder des Ausschusses

Herr Weihrich setzte den Ausschuss davon in Kenntnis, dass er einen Brief von Herrn Bülow erhalten habe mit der Bitte, dass der Ausschuss sich des Problems der Freilufttrinker vor der EDEKA-Kaufhalle annehme.

Herr Doege äußerte, dass die Problematik der Stadt bekannt sei und es insgesamt in Halle 60 solcher Freilufttrinkerpunkte gäbe. Der Stadtordnungsdienst und die Polizei seien täglich vor Ort. Auch Streetworker seien mit einbezogen. In einem Brief der Oberbürgermeisterin an Herrn Bülow wurden die Aktivitäten der Stadt dargelegt, die auch weiterhin bestehen bleiben. Niemandem könne untersagt werden, in der Öffentlichkeit zu trinken, sei denn, sie würden gegen das SOG verstoßen. Die Stadt werde auch weiterhin das Gebiet regelmäßig bestreifen.

Herr Müller ergänzte, dass es zwar Beschwerden gäbe, die aber rechtlich nicht zu verfolgen seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Klientel und darauf, dass ein Teil des Alkohols auch in der Edeka-Kaufhalle gekauft werden würde.

Herrn Schiller ist als Vorsitzender der Bürgerinitiative Silberhöhe e. V. die Problematik bekannt und erläuterte, warum es die Erscheinung der Freilufttrinker gäbe. In der Silberhöhe gäbe es diesen Personenkreis nicht nur bei der Edeka-Kaufhalle.

Herr Klaus bat darum, nicht nur das Problem darzustellen. Vielmehr sollte gesagt werden, ob etwas getan werden könne oder nicht.

Herr Weihrich wird Herrn Bülow einen Antwortbrief zukommen lassen. Dabei wird der Vorschlag **Herrn Schillers**, Herrn Bülow zu einem klärenden Gespräch bei der Bürgerinitiative Silberhöhe e. V. einzuladen, mit aufgenommen.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Die Anfrage von **Herrn Klaus** zur Fällung von Bäumen in Trotha (Lidl-Markt) wurde von **Frau Balleyer** beantwortet. Sie verwies u. a. darauf, dass der Investor zwei unterschiedliche Pläne eingereicht habe und nachträglich eine Fällgenehmigung erteilt werden musste.

Herr Kupke ist der Meinung, dass das Aufstellen von blauen Papiercontainern durch die Stadtwirtschaft ein Vorgriff zur noch nicht beschlossenen Abfallwirtschaftssatzung sei.

Frau Balleyer sagte, dass das Aufstellen von blauen Papiercontainern nichts mit der Abfallwirtschaftssatzung zu tun habe.

Frau Prof. Vent hatte einen Antrag im Stadtrat zur Innenstadtgestaltung gestellt, damit sich das Problem mit den Werbeaufstellern auch löst und wollte wissen, wie das aktuell gehandhabt wird und ob eine Lösung in Sicht sei.

Herr Doege verwies auf den dafür zuständigen Geschäftsbereich II und teilte mit, dass für das Aufstellen von Werbeträgern die DSM verantwortlich sei.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag **Herrn Doeges** zu, dass im Dezember keine Ausschusssitzung stattfindet.

zu 9 Mitteilungen

Protokoll:

Frau Lachky, Fachbereichsleiterin Bürgerservice, informierte darüber, dass am 23. Januar 2005 im Land Sachsen-Anhalt der Volksentscheid zum Kinderbetreuungsgesetz erfolge und ging auf die im Vorfeld damit zusammenhängenden rechtlichen Bestimmungen ein. Sie teilte u. a. mit, dass das Volksbegehren nach den Vorschriften des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie der Wahlordnung des LSA erfolge. Danach seien die Kreiswahlleiterin Frau Eckert und ihre Stellvertreterin Frau Lachky sowie der für die Landtagswahl am 13.06.2002 berufene Kreiswahlausschuss für die Durchführung des Volksentscheides verantwortlich zuständig. Die Stimmzettel werden so vorbereitet, dass mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann. Eine Mindestbesetzung von 5 Mitgliedern je Vorstand werde nötig sein. Somit werden für die 165 allgemeinen Stimmbezirke und 10 Briefwahlbezirke ca. 1.000 ehrenamtliche Personen (einschließlich Reserve) benötigt. Wegen personeller Unterstützung am Abstimmungstag seien die Landesbehörden angeschrieben worden. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie die Bürger der Stadt werden zur aktiven Mitwirkung aufgerufen.

Herr Doege bat, dass sich auch Stadträte und sachkundige Einwohner als Helfer für die Abstimmungslokale zur Verfügung stellen.

Herr Doege informierte darüber, dass die Stadt überlege, in wie weit die Arbeit des Polizeibeirates in den Präventionsrat überlagert werden könne. Dies wurde auch mit dem Landesverwaltungsamt besprochen. Nach jetzt vorliegender Antwort ist das Landesverwaltungsamt damit einverstanden, die Aufgaben des Polizeibeirates in den Präventionsrat zu integrieren. Der Geschäftsbereich III wird eine Beschlussvorlage vorbereiten und dem Stadtrat vorlegen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Diemar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin